

Gerechtigkeit - ohne Staat und Steuern

von Heike Knops

Dieser etwas provokante Titel soll auf den bedenkenswerten und bedenklichen Kontext der drei genannten Nomen hinweisen. An der Selbstverständlichkeit der Konnotation von Staat und Gerechtigkeit werde ich im Folgenden mit der Bibel in Hand kratzen und fragen:

Ist der Staat Garant für Gerechtigkeit in gesellschaftlichen Schieflagen? Oder etabliert und definiert er nur das Recht und die Ordnung, die ihm selbst nutzt? Und in was für eine Zukunft hat uns die real existierende Staatlichkeit geführt?

Begleiten Sie mich auf dem Weg durch Bibel und Geschichte in unsere Gegenwart und ihre Gerechtigkeitsfragen.

1. Hebräische Bibel

„Gott ist gerecht und liebt die Gerechtigkeit“ (Ps 11,7). Dieser Gedanke dominiert die Hebräische Bibel (Altes Testament). Das hebräische Wort dafür ist *zedāqā* und beschreibt ein dynamisches und relationales Verhältnis; ein aktives Tun, das in Unordnung Geratenes und somit Falsches wieder richtig stellt - also Gerechtigkeit bewirkt.

Kriterium dafür, was falsch und richtig ist, ist *„die Sehnsucht der Armen“* (Ps 10, 17) und *„das Ende der Knechtschaft der Unterdrückten“* (Ps 12, 6).

„Wehe denen“ heißt es beim Propheten Jesaja (10,1-2), *„die Gesetze des Unheils machen, und den Schreibern, die nur Bedrückung schreiben, um die Schwachen vom Rechtsweg abzudrängen und die Armen ihres Rechtes zu berauben, so dass die Witwen ihre Beute werden und sie die Verwaisten plündern!“*

Die Urheber solcher Gesetze, die denen die „Weherufe“ gelten, sind schnell ausgemacht: staatliche Institutionen¹. Deren Gesetze sind also nicht per se gut und zu befolgen. Sie unterliegen der Prüfung durch ein Gerechtigkeitsverständnis wie es sich in der Hebräischen Bibel niederschlägt und wie es darin mehrfach als Auftakt der Beziehung zwischen Gott und Mensch beschrieben wird.

So offenbart sich Gott den Sklaven in Ägypten als derjenige, der das Elend der Menschen sieht, sie zur Flucht ermutigt und in Freiheit führt.²

Unterdrückung von Menschen durch Menschen ist „das in Unordnung Geratene“, das im Sinne von *zedāqā* wieder richtig gestellt werden muss.

¹ Das Jesaja Buch entstand im Zeitraum von 740 – 530 v. Chr

² Exodus 2, 7-9

Diese Art, Gerechtigkeit walten zu lassen, ist kein einmaliger Vorgang, sondern durchzieht die gesamte Geschichte Gottes mit den Menschen, die an ihn glauben.

Besonders dann, wenn es in ihren eigenen Reihen zu ungerechten Verhältnissen kommt, unter denen sie in Ägypten selbst haben leiden müssen, vernehmen wir in der Hebräischen Bibel den lauten Ruf nach Gerechtigkeit – durch die Stimmen der Propheten/innen.

Die Ausrichtung an Gerechtigkeit, am Tun des Richtigen und Gerechten ist der eigentliche Grund für ein Königtum im alten Israel: *„Weil Gott Israel allezeit liebt, hat er dich zum König bestellt, damit du Recht und Gerechtigkeit übst!“* (1. Kön 10, 9). Darüber hinaus werden Staat und Königtum durchaus kritisch beurteilt. Im Samuelbuch wird die Problematik von Staatlichkeit und Königtum ausführlich gelistet (1. Sam 8, 11-18). Sie bedeutet zusammengefasst: Steuern, Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg.

Erst im Kontext gesellschaftlicher Ungerechtigkeit wird „Gerechtigkeit“ zum Gegenstand religiöser Reflexion. Historischer Hintergrund ist der Prozess der Ablösung der vorstaatlichen egalitären Gesellschaft durch eine Staatenbildung, in der sich eine Geld-Privateigentums-Ökonomie durchsetzte mit der Folge, dass es aufgrund von Steuern, Pfändung und Schuldklaverei seitens der Eliten zu einer tiefgreifenden Spaltung der Gesellschaft zwischen Reichen und Armen kam. Genau das rief die Sozialkritik der Propheten/innen auf den Plan.

2. Neues Testament

Im deutlich weniger umfangreichen Neuen Testament bildet der Begriff Gerechtigkeit ebenfalls ein beherrschendes Thema und wird etwa in der Rede vom Weltgericht nach Matthäus 25, 31 - 46 und der Reich-Gottes-Verkündigung Jesu aufgegriffen.

Auf dem sozialgeschichtlichen Hintergrund des Leiden der einfachen Bevölkerung, das sich physisch zu Hunger und vielerlei Krankheiten auswuchs, aktualisiert Jesu in seinem öffentlichen Auftreten die Offenbarung des gerechten Gottes, der sich besonders der Armen und Entrechteten erbarmt.

An die Schrift und die Propheten/innen anknüpfend sagt er eine Herrschaft eben dieses Gottes an, die eine totale Umkehrung der herrschenden Verhältnisse mit sich bringt:

Ihr wisst, wie die Großen und Mächtigen dieser Welt ihre Völker unterdrücken. Wer die Macht hat, nutzt sie rücksichtslos aus. Aber so soll es bei euch nicht sein! Im Gegenteil: Wer groß sein will, der soll den anderen dienen, und wer der Erste sein will, der soll sich allen unterordnen. Denn auch der Menschensohn ist nicht gekommen, um sich bedienen zu lassen. Er kam, um

zu dienen und sein Leben als Lösegeld hinzugeben, damit viele Menschen aus der Gewalt des Bösen befreit werden. (Mk 10, 42-45)

Die gesellschaftlichen Rangunterschiede werden auf den Kopf gestellt, wie es sich in der Wertschätzung der Kinder, der Vorzugsstellung der Armen gegenüber den Reichen, der gleichberechtigten Stellung von Frauen und Männern, der empathischen Zuwendung zu den Sündern/innen, der besonderen Aufmerksamkeit für die, die geläufiger Meinung nach als verloren abgeschrieben sind, dokumentiert. Nicht die Konkurrenz um den ersten Platz und die damit verbundene Macht geben den Ton an, sondern gegenseitiger Dienst und Solidarität bilden die leitenden Maximen für das neue Zusammenleben im Sinne Gottes.

Die neue Art der Konvivenz spiegelt sich selbstverständlich auch in der Anhängerschaft Jesu, zu der Frauen gleichberechtigt dazu gehören und Geschwisterlichkeit soziale Rangunterschiede nivelliert.

Letztlich ist diese neuartige Lebensform ein Affront gegen das Establishment, das sich in der real existierenden Gesellschaftsform eingerichtet hat und davon profitiert. Mit aller Macht verteidigt es seine Privilegien und die bisherige Gesellschaftsform – bis hin zur Ausrottung ihrer Störenfriede, wie es Jesus am eigenen Leib hat erleben muss.

3. Fazit

In biblischen Texten hat Gerechtigkeit klare Konturen. Sie werden aufgrund konkret erfahrbarer Ungerechtigkeit im Gemeinwesen gezogen. Anders als z.B. die Philosophie entwickelt die Bibel keine Lehre von der Gerechtigkeit, sondern konkretisiert diese im Kontext der jeweils sichtbaren und spürbaren Ungerechtigkeit. Als Unrecht werden gesellschaftliche Unterschiede zum Nachteil unterprivilegierter Menschengruppen empfunden.

Dieses Empfinden gründet in der Vorstellung von der Gleichheit und Gleichberechtigung aller Menschen.

Die Schöpfungsberichte veranschaulichen diese Idee in mythischer Sprache. Gott erschafft die Menschen, Mann und Frau, zu seinem „Ebenbild“ aus gleichem „Material“ („Fleisch von meinem Fleisch“ / Gen 2,23).

Von daher stellt sich die Frage, wie es überhaupt zu ungerechten Strukturen im Zusammenleben der Menschen kommen konnte. Die biblische Antwort darauf ist der Abfall der Menschen von Gott, der sich im Errichten eines Königtums (Staat) manifestiert.³

³ Hier handelt es sich um einen wichtigen und frühen Traditionsstrang der Bibel. Ein späterer jedoch beschreibt das Königtum der König-David-Tradition folgend positiv.

In der Bibel verbindet sich also die Frage der Gerechtigkeit mit Staatlichkeit. Staat basiert auf einer Elite und einem Beamtentum, das von der produktiven Bevölkerung über Steuern alimentiert werden muss. Zur drückenden Last werden sie, da auch der Luxus der Eliten, Paläste, Prunkbauten, Stadtmauern und Militär finanziert werden müssen. Daran hat sich nichts geändert, findet der zeitgenössische Philosoph Otfried Höffe, der den Staat als „gerigste Instanz der Weltgeschichte“ bezeichnet.⁴

4. Staat und Steuern – weder Gott gegeben noch Gott gewollt?

Menschheitsgeschichtlich sind die Epochen ohne Staat deutlich länger als die der Staatlichkeit, wie wir sie heute flächendeckend kennen.

Sesshafte Populationen, die Getreide anbauen, in kleinen Städte mit um die 1000 Einwohnern/innen leben und Handel treiben, sind eine Errungenschaft des sog. Neolithikums, das nach derzeitigem Kenntnisstand um 9500 v. Chr. im Fruchtbaren Halbmond Vorderasiens begonnen hat. In anderen Gebieten der Erde hat es unabhängig von Vorderasien analoge Entwicklungen gegeben.

Sesshaftigkeit und Ackerbau gibt es also schon Jahrtausende bevor erste Staaten um 3300 v. Chr. auf den Plan treten.

Lange existieren sesshafte, Acker bebauende Gemeinschaften ohne irgendeinen Staat – auch noch parallel zur ersten Staatenbildung! Das Richterbuch der Hebräischen Bibel reflektiert eine solche Zeit. Darin wird deutlich, wie sehr diese regierungsfreien Gemeinwesen unter den benachbarten Stadtstaaten und deren Expansionspolitik gelitten haben.

Dass überhaupt freie Ackerbauern zu Untertanen eines Staates werden, führt die heutige Forschung auf einen drastischen Klimawandel zurück. Zwischen 3500 und 2500 v. Chr. ist der Meeresspiegel dramatisch gesunken und der Euphrat hat deutlich an Wasser verloren. Die Versalzung der wasserärmeren Böden hat die Menge kultivierbarer Felder vermindert. In der Folge müssen die Menschen zusammenrücken. So kommt es zu einer Bevölkerungskonzentration in den Städten. Diese dichte Konzentration von Getreide und Arbeitskräfte auf den wenigen verbleibenden Böden ist es, die die Möglichkeit von Aneignung, sozialer Schichtung und Ungleichheit bietet. Eliten nutzen ihre Chance, kolonisieren diese Basis und liefern mit einer Staatsform die Logistik und Infrastruktur für Handel, Transport und dringend notwendige Bewässerungskanäle.⁵

⁴ Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 22.7.2013

⁵ Siehe: Nissen, Hans und Heine, Peter, Von Mesopotamien zum Irak. Kleine Geschichte eines alten Landes. Berlin 2003

Das angebaute Getreide bildet dabei beste Voraussetzungen für die Besteuerung der Bauern. Denn nur Getreide ist für Steuerbeamte problemlos sichtbar, schätzbar, teilbar, speicherbar und transportierbar. Andere Pflanzen, die etwa unterirdisch reifen oder zu unterschiedlichen Zeiten geerntet werden können, sind schwerer besteuert – ganz zu schweigen von Viehbeständen, oder Handelsgütern, die vor dem Steuerbeamten versteckt werden können. Getreide liefert alle Vorzüge, die als Grundlage eines frühen Steuersystems dienen können.

Wo sich eine staatliche Elite etablieren kann, festigt sie ihre Macht durch Inventarisierung der verfügbaren Ressourcen (Bevölkerung, Land, Getreideerträge, Vorräte). Eine kontinuierliche Buchführung wird notwendig, um Arbeitskräfte und Produktion für die Herrschenden übersichtlich und berechenbar zu machen. Erste Schriftzeichen dokumentieren staatliche Verwaltung lange bevor Schrift für andere Zwecke genutzt wird.⁶

Kein Wunder, dass außerhalb der Stadtstaaten das Aufschreiben und die schriftliche Form lange verpönt sind als Signum staatlicher Gewalt.

Mauern, Soldaten, Steuern, Beamte und Schriftzeichen sind die Charakteristika der frühen Staaten.

In diesem Sinn ist der „Staat“ Uruk um 3200 v. Chr. fest installiert. Seine Form des Stadtstaates wird von anderen Gemeinwesen in Mesopotamien kopiert. Ab der Hälfte des 3. Jahrtausend v. Chr. sind in dieser Region andere größere Stadtstaaten belegt, wie Kisch, Nippur, Isin, Lagasch, Eridu oder Ur.⁷

Der frühe Staat ist jedoch wenig stabil und bedroht von ungleichmäßigem Niederschlag, Hochwasser, Schädlingsbefall sowie unzähligen Krankheiten der Feldfrüchte, des Viehs oder der Menschen, die eine urbane Siedlung entvölkern können bzw. ihre Bewohner/innen zwingen, sich als Jäger, Sammler und Hirten zu verstreuen, um am Leben zu bleiben.

Flucht aus den Städten ist offenbar eine verbreitete Überlebensstrategie in der damaligen Zeit. Die Mauern der Städte scheinen mehr dazu zu dienen, die Arbeitskräfte darin gefangen zu halten, als sie vor Gefahren von Außen zu schützen.

Hunger, Unterdrückung, Epidemien und Krieg – es gibt viele Gründe, aus den Stadtstaaten zu fliehen. Das babylonische Gesetzeswerk Codex Hammurabi aus dem Jahr 1750 v. Chr. zeugt davon mit seinen vielen Strafen für Hilfe und Beihilfe zur Flucht.⁸

6 Vgl. die frühesten Tafeln von Uruk / Schicht IV, 330 – 3100 v. Chr. (Scott, S. 152)

7 Nissen, Hans und Heine, Peter, Von Mesopotamien zum Irak. Kleine Geschichte eines alten Landes. Berlin 2003, S.48

8 Tenney, Jonathan S., Life at the Bottom of Babylonian Society, Leiden 2011, S. 105, 107-118

Viele biblische Texte⁹ rekurren auf das Leben außerhalb von Staat und Steuern und rufen das nomadische Leben in der Wüste in Erinnerung als Ort und Zeit von Frieden und Gerechtigkeit.

5. Gesellschaftliche Transformation

Staatlichkeit als Ende der Freiheit und Anfang von Ungerechtigkeit - das entspricht nicht der allgemeinen Sicht auf den heutigen demokratischen Staat. Meist wird Staat konnotiert mit Sicherheit, wirtschaftlicher Stabilität, einem guten Bildungs- und Gesundheitssystem und weiteren Segnungen der Konsum- und Freizeitindustrie. Dass dafür Steuern gezahlt werden müssen, wird meist akzeptiert. Allerdings nicht von allen Bürger/innen, manche nehmen sich selbst davon aus!

Wie die Studie des US amerikanischen Ökonomie Professors Gabriel Zucman¹⁰ belegt, bringen Vermögende in den westlichen Demokratien einen nicht unerheblichen Anteil ihres Reichtums ins Ausland. Für Deutschland liegt dieser Wert bei rund 16 Prozent. Lange standen allein die großen Unternehmen in Verdacht, durch Trickereien Steuern zu sparen. Laut der Studie lancieren die Superreichen noch größere Summen am Fiskus vorbei. Das hat Konsequenzen für die Steuerzahler/innen auch in der BRD. Die Mittelschicht muss das Loch stopfen, denn ihre Steuern werden direkt vom Lohn bzw. Einkommen und Sparguthaben abgezogen. In der Folge nimmt die Ungleichheit in der BRD, aber auch weltweit, zu, weil Kapital immer weniger und Arbeit immer mehr besteuert wird.

Ist also der vom Staat geschützte Privatbesitz die Wurzel allen Übels, wie es Rousseau (1712 -1778) seinerzeit formuliert? Für ihn ist die gesellschaftliche Entwicklung vom Moment der ersten Besitznahme an in Schieflage geraten. Damit hat sich die Menschheit von ihrem „artgerechten“ Leben entfernt. Die Herrschaft der Reichen über die Armen und Benachteiligten nimmt ihren Anfang. Staatliche Maßnahmen stabilisieren die Ungleichheit von arm und reich.

Die historischen Befunde über die Entwicklung von menschlichen Gemeinschaften und die Etablierung von Staaten belegen Rousseaus Einschätzung!

Wenn die Frage der Gerechtigkeit nur virulent wird in Zeiten offener Ungerechtigkeit und diese Zeiten mit staatlicher Hoheit konnotiert sind, dann liegt es Nahe über den Staat als „Unrechtsorganisation“ nachzudenken.

⁹ Zum Beispiel: Jesaja 32, 16-19 / Amos 5, 7+11-12+21-25

¹⁰ Emmanuel Saez / Gabriel Zucman, Der Triumph der Ungerechtigkeit. Steuern und Ungleichheit im 21. Jhd. dt. im Suhrkamp Verlag

Noch vor der Französischen Revolution und Rousseau hat das ein junger Mann, Etienne de La Boetie (1530-1563), getan. Er fragt sich, wie es sein kann, dass sich ein ganzes Volk von einem Regenten quälen, besteuern und gegen seinen Willen leiten lässt. In seinem Werk „*Discours de la servitude volontaire ou le Contr'un*“ kommt er zu dem Schluss, dass sich die Untertanen kleinmütig in ihr Schicksal fügen, wodurch überhaupt erst die Macht eines Herrschers möglich wird. Gebrochen wird seine Macht, sobald die Untertanen ihm ihren Dienst verweigern.

Heute träumen nur noch Anarchisten/innen von einem hierarchiefreien Miteinander und entwerfen klare Vorstellungen davon. Die Mehrheit der Menschen allerdings hält an staatlicher Obrigkeit fest und unterwirft sich ihr.

Auch Rousseau sieht zu seiner Zeit kein realistisches Entkommen aus der Staatlichkeit. Daher schlägt er vor, die fehlende Gerechtigkeit durch einen Gesellschaftsvertrag wiederherzustellen, der durch die freie Übereinkunft aller Bürger/innen entstehen soll.

Ein Gesellschaftsvertrag, wie er Rousseau vorschwebt, schlägt sich im Grundgesetz und in Verfassungen nieder – wenngleich beides nicht der freien Übereinkunft aller Bürger/innen eines Landes entspringt. Aber so werden Grundzüge des Zusammenlebens abgesteckt, von denen aus gerechte Entscheidungen im Gemeinwesen möglich wären.

Bisher sind wir auf diese Weise jedenfalls nicht von der real existierenden Ungerechtigkeit und Ungleichheit hin zu einer Lebewesen-gerechten, Steuer-gerechten und Klima-gerechten Gesellschaft gelangt.

Das Ungleichheitsprinzip hat sich nicht nur im Steuersystem verfestigt. Es herrscht auf fast allen Ebenen und durchdringt die gesellschaftlichen Strukturen.

Die Eliten in Politik und Wirtschaft haben ein lebensfeindliches Anthropozän geschaffen und sich selbst in „gated communities“ gerettet und dort abgesichert. Die Endlichkeit des Planeten und seiner Ressourcen sowie der Klimawandel ist ihnen offenbar bewusst. Daher sichern sie ihren Wohlstand und ihr Vermögen unter Aufkündigung der Solidarität mit der Gemeinschaft.

Ihr Kalkül geht bereits auf: die Konsequenzen des Klimawandels treffen in erster Linie Menschen in prekären Lebenslagen¹¹. Neuere Forschungen belegen zudem den direkten Zusammenhang zwischen dem Ausmaß an ökonomischen Ungleichheiten und der Größe des von ihr hinterlassenen ökologischen Fußabdrucks.¹²

11 IPBES Report von 2019 (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) abrufbar unter: <https://ipbes.net/global-assessment>

Wir haben es mit einem weltweiten geo-sozialen Missstand zu tun.

Wenn auch die Herrschenden die Reaktion der sozial Abgehängten noch im Griff haben, so führt sie unsere Erde an ihre Grenzen. Auf die gewaltsamen Eingriffe in ihr Öko-, Flora- und Faunasystem reagiert die Natur immer heftiger mit unkontrollierbaren Waldbränden, Dürren, Überschwemmungen, Stürmen, der Eisschmelze, dem Ansteigen des Meeresspiegels und Pandemien.

Auf diese Weise hat sich die Natur zumindest bei den jungen Menschen auf unserem Planeten Gehör verschafft. Die Schüler/innen von Fridays for Future haben verstanden, dass keine Zeit mehr bleibt für Diskussionen und Rücksicht auf Befindlichkeiten der Eliten. Umsatzeinbußen, Profitrückgang bei Aktionären, wirtschaftliche Stagnation – all das kann kein Argument mehr sein gegen die dringend notwendige gesellschaftliche Transformation.

Gemeinsam mit den Menschen aus dem globalen Süden muss bedacht werden, welche Territorien langfristig bewohnbar bleiben und wie wir darauf leben können ohne Raubbau an unser aller Lebensgrundlage.

Ein neues Verhalten, ein neues Verhältnis zur Natur wird unumgänglich, wenn wir gemeinsam überleben wollen. Und es wird notwendigerweise Hand in Hand gehen mit neuen gesellschaftlichen Verhältnissen, auf die wir eigentlich nicht mehr lange warten können!

Dass Veränderung von jetzt auf gleich möglich ist, haben wir im März/April 2020 erlebt, als aufgrund der Corona Pandemie das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben drastisch eingeschränkt wurde.

Dieser Lockdown hat sowohl mitmenschliche Aktivitäten evoziert als auch für spontane Produktionsumstellung mancher Industriebetriebe gesorgt. Ein von der Bevölkerung und Wirtschaft nachvollziehbarer Cut weckt also Potentiale und Kreativität. Beides würde auch dem gesellschaftlichen Wandel dienen, den wir jetzt dringend brauchen, um der Erde und aller Natur den Raum wiederzugeben, der ihr VOR Wirtschaft und Profit zusteht.

Die weltweite Vernetzung von Betroffenen, wie sie Aktivisten/innen von Fridays for Future und Extinction Rebellion praktizieren, ist m.E. ein Meilenstein auf dem Weg an dieses Ziel.

Wie dieses Ziel aussehen soll, muss gemeinsam entwickelt werden. Vielleicht ist Europa ein guter Ort für solche Entwicklung. Denn Europa besetzt hunderte verschiedene Ökosysteme und verfügt über ausreichend finanzielle Mittel. Hier werden bereits dutzende Sprachen gesprochen und leben unterschiedliche Kulturen und Religionen zusammen. Es gilt dieses Potential zu nutzen für eine friedliche gesellschaftliche Transformation.

12 Jon D. Wisman, Inequality, Social Respectability, Political Power and Environmental Devastation; in: Journal of Economic Issues 45. 4 (2011), 877-900